

# Moderner Familienpolitik zum Durchbruch verhelfen

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **99 (2002)**

Heft 10

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840359>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Moderner Familienpolitik zum Durchbruch verhelfen

Die «Perspektive Familienpolitik», ein Zusammenschluss von fünf sozial- und familienpolitischen Organisationen, hält die schweizerische Familienpolitik für «völlig ungenügend». Sie fordert konkret eine Bundeslösung für Familienzulagen, Ergänzungsleistungen für Familien in der ganzen Schweiz, eine schnelle Verwirklichung der Mutterschaftsversicherung (im Sinne der parlamentarischen Initiative Triponez) sowie eine Reform der Familienbesteuerung (und zwar das Modell Familiensplitting). In der «Perspektive Familienpolitik» arbeiten zusammen: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS), Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF), Pro Familia, pro juventute und Städteinitiative «Ja zur sozialen Sicherung». Laut einer Medien-

mitteilung sind sie der Auffassung, «dass Familienpolitik eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe ist». Sie treten deshalb ein «für eine neue Familienpolitik und wirksame Reformen des Familienlasten- bzw. Familienleistungsausgleichs». Neben den oben erwähnten familienpolitischen Forderungen verlangt die «Perspektive» weitere Massnahmen, insbesondere für eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit. So hat sie sich namentlich für die – vom Parlament inzwischen beschlossene – «Anstossfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze» eingesetzt. Die fünf Organisationen wollen «mit vereinten Kräften einer zukunftsfähigen, modernen Familienpolitik auf Bundesebene zum Durchbruch verhelfen».

*pd/gem*

## SODK: Kantone sollen zu Familienpolitik Stellung nehmen

Die Konferenz der kantonalen SozialdirektorInnen (SODK) will ihr Grundsatzdokument zur Familienpolitik den Kantonen zur Stellungnahme vorlegen. Dies wurde laut einer Pressemitteilung an der Jahresversammlung vom 19./20. September in Basel beschlossen. Die Vernehmlassung umfasst insbesondere Fragen nach der gewünschten Aufgabenteilung zwischen Bund und den Kantonen im Bereich der Familienpolitik, nach der Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien mit ungenügendem Einkommen sowie Fragen nach einem langfristigen Engagement des Bundes in der

Finanzierung von Kinderbetreuungsplätzen. Ziel ist es laut SODK, aufgrund der Antworten «die Stossrichtung der Massnahmen zugunsten der Familien in den Kantonen» in den nächsten Monaten «genauer zu bestimmen». Nach der Pressekonzferenz in Basel vermeldete die sda Kritik der SODK am Modell der Anschubfinanzierung des Bundes für familienergänzende Kinderbetreuungsangebote: Zwar sei es erfreulich, dass sich auf diesem Gebiet etwas bewege, problematisch sei aber für die Kantone, dass sie die Folgekosten zu übernehmen hätten. «Der Bund sollte hier mehr leisten als